



Frankreich – Info

Herausgeber: Französische Botschaft
Presse- und Kommunikationsabteilung
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
info@ambafrance-de.org

2015

www.ambafrance-de.org

Rede von Staatspräsident François Hollande vor dem Europaparlament

Straßburg, den 7. Oktober 2015

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident der Europaparlaments, lieber Martin Schulz, ich danke Ihnen für die Einladung und für Ihre Beileidsbekundungen angesichts der Opfer der Überschwemmungen im Süden Frankreichs.

Sehr geehrter Herr Präsident der Europäischen Kommission,

sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

dass ein französischer Staatspräsident und eine deutsche Bundeskanzlerin gemeinsam vor dem Europäischen Parlament sprechen, ist in der Tat etwas Außergewöhnliches. Es ist aber nicht das erste Mal. Sie haben es erwähnt, vor 26 Jahren, fast genau auf den Tag, sprachen Helmut Kohl und François Mitterrand auch hier zu den EU-Abgeordneten.

Damals wehte ein Wind der Freiheit, ein starker Freiheitswind, über den europäischen Kontinent. Er fegte die Mauern davon, emanzipierte die Völker und gab den Nationen Hoffnung.

Vor 26 Jahren präsentierten François Mitterrand und Helmut Kohl, mit Unterstützung von Jacques Delors, in dieser Sitzung die Solidaritätshandlungen, die zur Aufnahme jener Menschen unternommen werden sollten – damals wurden sie nicht als Flüchtlinge bezeichnet – , die davon überzeugt waren, dass der Westen Europas sie aufnehmen konnte. Und so entstand das ganze Europa und große Hoffnungen wurden geboren.

François Mitterrand und Helmut Kohl teilten den Willen, eine politische Union Europa auf die Beine zu stellen, und so den Auftrag der Gründerväter zu erweitern, einen großen Binnenmarkt zu schaffen, mit sozialen Regeln, und das Vorhaben einer einheitlichen Währung voranzubringen. All dies sollte in einem Atemzug und mit derselben Entschlossenheit erledigt werden.

Heute, 26 Jahre später, richten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ich uns an Sie, zunächst anlässlich des 25. Jubiläums der deutschen Wiedervereinigung, aber auch weil in Europa neue Dramen ertönen, die unseren Kontinent vor neue Herausforderungen stellen.

Ganz offen gesagt steht Europa in diesen Jahren einer Reihe von Krisen gegenüber: eine Finanzkrise, die außerhalb Europas entstanden ist, sich aber ausgebreitet hat und eine Wirtschaftskrise verursacht hat, aus der wir gerade erst heraus sind; eine soziale Krise mit Millionen arbeitsloser junger Menschen. Und nun eine humanitäre Krise, mit einem Ansturm von Flüchtlingen, ausgelöst durch die Destabilisierung ganzer Regionen, im Nahen Osten, in Afrika, bedingt durch bewaffnete Konflikte und das Wiedererstarken von religiösem Hass. Dann gibt es noch eine Sicherheitskrise mit einem Krieg, der gar nicht so weit von uns entfernt ist, an den Grenzen Europas, in der Ukraine. Und schließlich Terrorangriffe, die mehrere Länder unseres Kontinents betroffen haben, darunter auch mein Land.

In jeder Krise treten Ängste zutage. Mit dieser Angst muss man leben. Aber man darf sich nicht von der Angst beherrschen lassen. Trotzdem ist man in jeder Krise versucht, in nationalstaatliches Denken zurückzufallen. Dabei ist nichts so vergebens, als nur sich selbst retten zu wollen, sich wegzustehlen und zu verkriechen, wenn große Ereignisse in der Welt passieren. Wir müssen da aus Erfahrung sprechen. Die Geschichte zeigt und bestätigt es uns.

Diese Fragen können begründet sein, aber sie dürfen Europa nicht zu ängstlicher Zurückhaltung und Ohnmacht verdammen. Im Gegenteil, sie rechtfertigen ein offensives Europa, das in der Lage ist, den Schutz seiner Bürger zu gewährleisten und gleichzeitig entsprechend seiner Interessen und Werte aufzutreten. Werte, auf denen die Einigung unseres Kontinents basiert.

Es gibt also keine andere Lösung als ein starkes Europa, um unsere Souveränität zu wahren.

In den letzten Jahren und Monaten wollten Frankreich und Deutschland gemeinsam handeln, um sich den Prüfungen zu stellen, die wir in jüngster Zeit durchschritten haben.

Wir haben reagiert, indem wir einfache und klare Grundsätze bekräftigt haben: Solidarität, Verantwortung, Entschlossenheit.

Solidarität im Angesicht des Terrorismus, denn mit jedem Anschlag, der in einem unserer Länder verübt wird, wird ganz Europa angegriffen – seine Ideale, seine Kultur, seine Lebensweisen, kurz gesagt: die Seele unseres Kontinents.

Ich danke den Staats- und Regierungschefs, aber auch den EU-Abgeordneten, die am 11. Januar nach Paris gekommen sind, um ihre Solidarität zu bekunden, aber auch um zu zeigen, wie sehr sie an der Freiheit hängen und daran, wofür wir stehen, um uns vor dem Terrorismus zu verteidigen, der versucht, unser gemeinsames Fundament zu zerbrechen, das uns eint.

Solidarität auch mit den Flüchtlingen, die Opfer von Konflikten im Nahen Osten, von Dramen in Afrika sind.

Solidarität mit denjenigen europäischen Staaten, die den Druck als erstes zu spüren bekommen, weil sie an unseren Außengrenzen liegen. Solidarität mit den Nachbarländern der Konfliktherde, die in großem Umfang Flüchtlinge aufnehmen. Solidarität gegenüber Afrika, das um seine Entwicklung ringt, um gerade das Abwandern ganzer Bevölkerungsteile zu vermeiden.

Sehen wir den Tatsachen also ins Auge. Seit Anfang des Jahres sind außergewöhnlich viele Frauen und Männer hier angekommen, wahrscheinlich 600 000. Viele von ihnen sind vor Krieg und Massakern geflohen. Andere sind auf der Suche nach einem besseren Leben. Alle haben schreckliche Umstände erlebt und waren skrupellosen Schleppern ausgeliefert. Zu viele sind

unter fürchterlichen Umständen ums Leben gekommen. Mittlerweile haben einige dieser zahllosen Toten ein Gesicht.

Europa hat sich dafür eingesetzt, Menschenleben zu retten, zunächst ging es darum, gegen die kriminellen Netzwerke einzugreifen, dank der FRONTEX-Operationen. Aber ich gestehe auch gerne ein, dass Europa eine Weile gebraucht hat, um zu begreifen, dass die Tragödien im Nahen Osten und in Afrika nicht ohne Folgen für Europa selbst bleiben konnten. Europa hat nicht erkannt, in welchem Ausmaß es Hoffnung erweckt, Hoffnung, die noch lange Bestand haben wird angesichts der Verzweiflung jener Menschen, die seit langem in der Dunkelheit auf Licht und Hoffnung warten. Europa hat den Ländern, die immer mehr Menschen in Lagern aufnehmen, nicht umfangreich genug Hilfe angedeihen lassen.

So musste Europa unter dringlichsten Umständen handeln, um seiner Asyltradition gerecht zu werden und die Rückkehr der Menschen zu organisieren, die nicht dauerhaft hier bleiben können.

Europa hat mit der Europäischen Kommission – ich begrüße Kommissionspräsident Juncker an dieser Stelle – einen Gesamtplan auf die Beine gestellt, um Italien und Griechenland zu helfen, die an vorderster Front stehen und die mit ihrer Verantwortung nicht allein gelassen werden dürfen. Auch um die Balkanländer zu unterstützen, die ebenfalls schwer mit Bevölkerungsbewegungen zu kämpfen haben. Um eine engere Zusammenarbeit mit der Türkei anzustoßen. Es wurden Gespräche begonnen, die mit klaren Regeln zum Abschluss gebracht werden müssen, denn in der Türkei müssen Flüchtlinge so weit es geht aufgenommen werden. Im Gegenzug sollten wir der Türkei helfen, wenn wir wollen, dass sie uns hilft, und dafür sorgen, dass diese Flüchtlinge – ob in Lagern oder in der Bevölkerung – arbeiten, ihre Kinder ernähren, eine Zukunft haben können. Und wenn wir dies nicht tun, dann werden sie kommen, unvermeidlich, sie werden kommen.

Wir müssen auch Aufnahme- und Registrierungszentren einrichten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass unsere Grenzen respektiert werden. Und schließlich müssen wir die Asylbewerber auf die Mitgliedsstaaten verteilen. Und das haben wir getan, nicht ohne Schwierigkeiten, aber wir haben es geschafft – 160 000 Menschen. Wir müssen darauf achten, dass die Verpflichtungen, die eingegangen wurden, auch eingehalten werden. In jedem dieser Bereiche muss der Plan jetzt umgesetzt werden, und zwar schnellstmöglich. Das sind die Grundsätze: Solidarität, Verantwortung.

Dieselben Grundsätze wurden auch im Umgang mit der Situation in Griechenland angewandt. Die Verhandlungen waren langwierig. Wir haben daran teilgenommen, Angela Merkel und ich, mit der Europäischen Kommission und allen Mitgliedsstaaten. Diese Gespräche hätten auch scheitern können, das wäre mehr gewesen als ein Scheitern, wir hätten aufgegeben. Ein Land aufgeben, dessen Kultur und Zivilisation uns noch heute erhellen. Das wäre der erste Bruch in der Integrität der Eurozone gewesen und andere Länder wären unter Druck gesetzt worden. Und schließlich wäre das eine Absage an unsere gegenseitigen Verantwortungen gewesen; die europäische Verantwortung, die Verantwortung der griechischen Regierung. Die Verhandlungen mündeten in ein umfassendes Reformprogramm und neue finanzielle Unterstützung. Ich wünsche mir, dass das zu einer Diskussion zum Schuldendienst führt. Das ist Teil der Gesamtlösung. Alexis Tsipras, der griechische Premierminister, war mutig und wollte, dass sein Volk nach der Übereinkunft befragt wird. Die Einhaltung der Demokratie, und das sage ich hier an dem Ort der europäischen Demokratie, die Einhaltung der Demokratie steht nicht im Widerspruch zu der Einhaltung der gemeinsamen Regeln; Verantwortung, Solidarität, immer dieselben Grundsätze.

Wir müssen auch gegenüber dem Terrorismus Verantwortung übernehmen. Es ist Vorsicht angebracht, aber das ist nicht ausreichend. Wir müssen uns mit Instrumenten ausstatten, die für die Arbeit der Sicherheitsdienste unerlässlich sind, unter Wahrung der Freiheiten.

Frankreich hat ein Gesetz verabschiedet, um den Aktivitäten und Bewegungen der Terroristen besser folgen zu können. Und Europa muss auch seinen Teil leisten. Ich denke dabei an die viel zu lange hinausgezögerte Einführung der Fluggastdatenspeicherung. Und ich bitte darum, dass das Europäische Parlament diesen Text nach Möglichkeit verabschiedet, der für unser Handeln unerlässlich ist.

Europa hat auch eine Pflicht zur Entschlossenheit. In der Ukraine mussten wir auf massive Verletzung des internationalen Rechts reagieren und einen Krieg vor den Toren unseres Kontinents abwenden. Bei der Umsetzung der Sanktionen haben alle 28 europäischen Mitgliedsländer Einigkeit bewiesen. Es gab Diskussionen, berechnete Diskussionen, über die Effizienz, die Dauer des Sanktionsmechanismus. Deutschland und Frankreich haben sich besonders dafür eingesetzt, die Minsker Abkommen zu schließen und umzusetzen und noch vergangene Woche haben Angela Merkel und ich zusammen mit dem russischen und dem ukrainischen Präsidenten im sogenannten „Normandie-Format“ darauf geachtet, dass nicht nur eingehalten wird, was in Minsk beschlossen wurde, sondern auch weitere Abspaltungsprozesse vermieden werden. Hier sind dieses Format, die Vorgehensweise und der im Namen von ganz Europa ausgeübte Druck ganz besonders effizient, denn die Wahlen, die die Separatisten für Mitte Oktober angesetzt hatten, wurden verschoben und der Minsker Prozess konnte weiter verfolgt werden, leichte Waffen wurden abgezogen, bald auch die schweren Waffen, und der Krieg wurde gestoppt, ohne dass der Frieden bereits zurückgekehrt ist. Das ist, wozu wir im Namen Europas, für Europa, fähig sind und das sage ich auch im Interesse der Welt, denn wir sind bereit, Entschlossenheit, Verantwortung und Solidarität zu zeigen.

Entschlossenheit auch angesichts des Dramas in Syrien. Das betrifft uns alle, denn Daisch und die Dschihadisten haben es auf das abgesehen, wofür wir stehen; betrifft auch Europa, denn das Regime von Baschar al-Assad hat die Katastrophe geschaffen und befördert sie weiterhin. Noch heute bombardiert, tötet, mordet das Regime. Ja, was in Syrien geschieht, betrifft Europa, denn was sich dort abspielt, wird für lange Zeit das Gleichgewicht in der Region bestimmen, in der gesamten Region des Nahen Ostens. Und wenn wir zulassen, dass sich die religiösen Auseinandersetzungen, oftmals zwischen Sunniten und Schiiten, über Monate oder Jahre verstärken, sollten wir uns nicht in Sicherheit wähnen. Das wäre ein totaler Krieg, der auch unsere Gebiete betreffen könnte. Wir müssen also handeln.

Frankreich ist seiner militärischen Verantwortung angesichts dieser Bedrohung gerecht geworden. Ganz Europa muss sich auf humanitärer, politischer und diplomatischer Ebene einsetzen. Wir müssen in Syrien mit all jenen, die dazu beitragen können, eine politische Zukunft schaffen, die der syrischen Bevölkerung eine andere Alternative bietet als Assad oder Daisch. Das ist unsere Pflicht gegenüber den Syrern und das ist unsere Pflicht als Europäer. Ich rufe alle Europäer dazu auf, Druck auszuüben, damit sich dieser politische Wandel vollziehen kann. Und seien wir uns bewusst, dass, egal welche Positionen hier vertreten werden, es nicht möglich sein wird, die gemäßigte Opposition mit dem Henker des syrischen Volkes zusammenzubringen. Wir müssen kontinuierlich handeln und die Staaten, die einen Ausweg ernsthaft suchen, Russland, Iran, die Golfstaaten, natürlich die Vereinigten Staaten und Europa, zusammenbringen, damit wir diesen politischen Ausweg finden können. Zusammenfassend wiederhole ich, dass wir den anderen mit viel Solidarität begegnen müssen.

Deswegen ist die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten so wichtig. Bald, im November, findet der EU-Afrika-Gipfel in Valletta statt. Und indem wir an der Wurzel der Schwierigkeiten ansetzen, können die Ausreisekandidaten, und derer gibt es viele in Afrika, überzeugt werden, in ihrer Region zu bleiben. Es ist an uns, ihnen die Bedingungen vor Ort zu bieten.

Wir haben verschiedene Themen angesprochen, die Europa betreffen. In Wahrheit aber führen wir hier dieselbe Diskussion, die wir überall führen, die es in jedem unserer Länder gibt,

zwischen Souveränisten und Souveränität. Souveränismus in jedem Land, Souveränität für Europa. Das ist die Diskussion zwischen Ablehnung und Vertiefung. Zwischen Spaltung und Einheit. Die Diskussion dreht sich nicht um weniger oder mehr Europa. Es geht um die Bestätigung oder das Ende Europas. Ja, das Ende Europas, das heißt die Rückkehr zu nationalen Grenzen, der Rückbau der gemeinsamen Politiken, den Euro aufgeben. Ich stelle fest, Herr Präsident, dass es auch hier die Diskussion gibt.

Vor weniger als 26 Jahren hat François Mitterrand am Ende seiner Amtszeit vor dem Europaparlament über die Lehren aus seiner eigenen Erfahrung und aus der Geschichte gesprochen. Er sagte damals, dass Nationalismus Krieg bedeutet. Diese Warnung gilt auch heute noch. Und ich gehe sogar soweit, hinzuzufügen: Souveränismus ist „Deklinismus“. Es ist gefährlich, einem Volk keine Hoffnung zu geben und nicht gemeinsam etwas aufzubauen, weil man sich auf das rein Nationale zurückzieht, das ja keine Zukunft hat. Angesichts der jetzigen Krise bin ich überzeugt, dass wir, wenn wir nicht weiter gehen, nicht nur stehen bleiben sondern sogar zurückgehen. Und dies wird das Ende des europäischen Projekts bedeuten. Deshalb schlage ich vor, die Wirtschafts- und Währungsunion, die Eurozone, zu konsolidieren und zu stärken. Konsolidieren und stärken, um unsere Politiken zu koordinieren, Konvergenz zu fördern, die Steuerharmonisierung voranzutreiben, Steuer- und Sozialdumping zu bekämpfen, mehr zu investieren, sogar mehr als wir es mit dem Juncker-Plan tun. Institutionelle Entscheidungen werden nötig sein, damit die Eurozone gelenkt werden, die Regeln eingehalten und die Solidarität allen zugute kommen kann. Diese Entscheidungen werden die Staaten, die sich freiwillig dafür entscheiden, in die Pflicht nehmen. Das Europaparlament wird eine Kontrollfunktion haben und für die Kohärenz eines Europa sorgen, das gemäß einer differenzierten Integration voranschreitet.

Wir müssen auch den so genannten Schengen-Raum stärken. Den freien Personenverkehr durch die Rückkehr zu Innengrenzen in Frage zu stellen, wäre ein tragischer Fehler. Aber so zu tun, als ob Schengen in seiner jetzigen Funktionsweise dem Druck von außen standhalten könnte, wäre ein anderer. Die effektive Kontrolle der Grenzen der EU erfolgt über verstärkte Hilfestellung für die Grenzstaaten, für die betroffenen Staaten und durch die Schaffung eines Grenzschutz-Corps und europäischer Küstenwachen, wie es der Präsident der Europäischen Kommission vorgeschlagen hat.

Ferner müssen wir eine kohärentere Asylpolitik festlegen, was über eine gemeinsame Auflistung der sicheren Herkunftsländer erfolgt. Die Annäherung der Verfahren, der Rechtsprechung und der Leistungen, auf die die Schutzbedürftigen Anspruch haben, das heißt ein echtes gemeinsames Asylsystem innerhalb der Europäischen Union.

Bei all diesen Themen, müssen wir uns, ich sage es noch einmal, für den Vorwärtsgang entscheiden, nicht für den Rückwärtsgang, der uns in die Ohnmacht treiben würde.

Diese Entscheidung, die durchaus mutig ist, müssen wir immer wieder treffen, so auch im Dezember bei der Pariser Klimakonferenz. Ich begrüße die von Europa mit Blick auf die Konferenz eingegangene Verpflichtungen, denn sie waren entscheidend, um China, die Vereinigten Staaten, und viele andere mit auf den Weg eines möglichen Abkommens zu nehmen. Letzteres ist möglich, es muss äußerst ehrgeizig ausfallen und es ist absolut notwendig.

Noch sind es zu viele Länder, die ihren Beitrag nicht hinterlegt haben, und wir selbst, die Europäer, müssen fähig sein, einen großen Kohlenstoffmarkt einzuführen, um die Investitionen auf die besten Technologien zu lenken. Entsprechende Entscheidungen werden dann Sie treffen müssen.

Ich möchte die Rolle des Europäischen Parlaments im Rahmen der Klimaverhandlungen begrüßen. Unterstützen Sie weiterhin so gut Sie können die Bemühungen der Länder, Ihrer Länder, und ganz Europas, damit uns ein Abkommen gelingt.

Dieses Ziel verfolgen wir auch bei der Finanzierung. Es ist sehr wichtig, dass wir die benötigten 100 Milliarden Dollar erreichen, die für den Energiewandel in den schwächsten Ländern oder den Entwicklungsländern gebraucht werden. Soweit sind wir noch nicht und wir haben nur noch zwei Monate, um es zu schaffen. Wenn kein Abkommen zustande kommt, müssen wir uns des Ausmaßes der Katastrophe bewusst werden; dessen, was wir dann für die künftigen Generationen zu verantworten hätten.

Werden wir uns bewusst, dass es keine weitere Konferenz geben wird, um darüber zu entscheiden. Es gibt eine Zeit, in der man sich entscheiden muss. Sich engagieren muss. Es ist die Aufgabe der Regierung, der europäischen Regierungen zuerst, und derjenigen, die bei der Konferenz in Paris anwesend sein werden, der Verantwortung gewachsen zu sein, die Sie uns übertragen haben.

Ich möchte eines Tages wieder vor dem Europäischen Parlament stehen, zumindest mit dem Stolz, nicht nur eine Konferenz in Paris veranstaltet zu haben, sondern dagewesen zu sein an dem Tag, an dem die Länder der Welt, getragen von den Gebietskörperschaften des ganzen Planeten, die auch vertreten sein werden, von allen Vereinigungen, Organisationen, Unternehmen und Gewerkschaften, an dem sie alle es geschafft haben, für die kommenden Jahrzehnte einen großen Teil der Klimafrage zu klären. Es ist für unsere Generation eine Begegnung der letzten Chance.

Das gleiche Ziel, der gleiche Wille, muss uns auch bei unserer Landwirtschaft, der Nahrungsmittelsicherheit, der Qualität unserer Produkte antreiben. Angesichts der Krise, in der ein Teil unserer industriellen Produktion steckt, rufe ich dazu auf, auf der Ebene der Kommission, des Staates wie auch des Parlaments, die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um unsere Produkte zu schützen und um den Schwächsten zu helfen.

Da ich von Handelsabkommen spreche, möchte ich jenes erwähnen, das mit den Vereinigten Staaten ausgehandelt wird. Frankreich will, dass diese Verhandlungen einen Fortschritt darstellen und dass dadurch Garantien geschaffen werden. Dies gilt für die Kennzeichnung der Produkte, für Herkunftsbezeichnungen, für die Gegenseitigkeit, für die Transparenz und im weiteren Sinne für Mechanismen zum Schutz von Investitionen, insbesondere für die Regelung von Rechtsstreitigkeiten. Diese Garantien müssen wir haben, wenn wir ein Abkommen wollen, das den Volkswirtschaften nutzen soll.

Ich möchte meine Rede mit einer Überlegung abschließen, die uns alle betrifft. Ich kann mir nicht vorstellen, dass hier Abgeordnete anwesend sind, die nicht europäisch wären, die sich nicht bewusst wären, dass wir Teil von etwas Gemeinsamem sind, dass uns so viele gemeinsame Werte verbinden, dass wir eine Vergangenheit teilen und eine Zukunft anstreben. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung des Kontinents müssen wir immer noch Herausforderungen annehmen und Entscheidungen treffen. Wir müssen der Not trotzen, sie ist hier, niemand kann die Augen vor der Wirklichkeit verschließen, niemand. Und keine Grenze, kein Stacheldraht kann uns vor den Bedrohungen schützen, die von außen kommen.

Es liegt an uns, ja an uns, die Entscheidungen zu treffen. Wir müssen der Not trotzen und langfristig Kurs halten. Den Kurs eines Verbundes von Nationalstaaten. In gewisser Weise müssen wir heute, 25 Jahre nach der Einheit, eine andere Einigung vornehmen – die der Projekte, der Völker, der gemeinsamen Interessen. Dabei gilt eine einzige Frage: Wollen wir zur alten Ordnung, der des 20. Jahrhunderts mit allem, was es mit sich brachte, zurückkehren, oder wollen wir im kommenden Jahrhundert in einem kohärenten und gemeinsam gewollten Rahmen leben?

Ich persönlich habe mich entschieden: für Europa. Und ich habe es mit dem Willen getan, in jeder Frage einen möglichst tragfähigen Kompromiss zu suchen. Dies ist der Sinn unserer Zusammenarbeit mit Angela Merkel und Deutschland: zusammen mit unseren Partnern den Herausforderungen des Jahrhunderts gerecht zu werden.

Rede von Staatspräsident François Hollande vor dem Europaparlament

Straßburg, den 7. Oktober 2015

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident der Europaparlaments, lieber Martin Schulz, ich danke Ihnen für die Einladung und für Ihre Beileidsbekundungen angesichts der Opfer der Überschwemmungen im Süden Frankreichs.

Sehr geehrter Herr Präsident der Europäischen Kommission,

sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

dass ein französischer Staatspräsident und eine deutsche Bundeskanzlerin gemeinsam vor dem Europäischen Parlament sprechen, ist in der Tat etwas Außergewöhnliches. Es ist aber nicht das erste Mal. Sie haben es erwähnt, vor 26 Jahren, fast genau auf den Tag, sprachen Helmut Kohl und François Mitterand auch hier zu den EU-Abgeordneten.

Damals wehte ein Wind der Freiheit, ein starker Freiheitswind, über den europäischen Kontinent. Er fegte die Mauern davon, emanzipierte die Völker und gab den Nationen Hoffnung.

Vor 26 Jahren präsentierten François Mitterand und Helmut Kohl, mit Unterstützung von Jacques Delors, in dieser Sitzung die Solidaritätshandlungen, die zur Aufnahme jener Menschen unternommen werden sollten – damals wurden sie nicht als Flüchtlinge bezeichnet –, die davon überzeugt waren, dass der Westen Europas sie aufnehmen konnte. Und so entstand das ganze Europa und große Hoffnungen wurden geboren.

François Mitterand und Helmut Kohl teilten den Willen, eine politische Union Europa auf die Beine zu stellen, und so den Auftrag der Gründerväter zu erweitern, einen großen Binnenmarkt zu schaffen, mit sozialen Regeln, und das Vorhaben einer einheitlichen Währung voranzubringen. All dies sollte in einem Atemzug und mit derselben Entschlossenheit erledigt werden.

Heute, 26 Jahre später, richten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ich uns an Sie, zunächst anlässlich des 25. Jubiläums der deutschen Wiedervereinigung, aber auch weil in Europa neue Dramen ertönen, die unseren Kontinent vor neue Herausforderungen stellen.

Ganz offen gesagt steht Europa in diesen Jahren einer Reihe von Krisen gegenüber: eine Finanzkrise, die außerhalb Europas entstanden ist, sich aber ausgebreitet hat und eine Wirtschaftskrise verursacht hat, aus der wir gerade erst heraus sind; eine soziale Krise mit Millionen arbeitsloser junger Menschen. Und nun eine humanitäre Krise, mit einem Ansturm von Flüchtlingen, ausgelöst durch die Destabilisierung

ganzer Regionen, im Nahen Osten, in Afrika, bedingt durch bewaffnete Konflikte und das Wiedererstarken von religiösem Hass. Dann gibt es noch eine Sicherheitskrise mit einem Krieg, der gar nicht so weit von uns entfernt ist, an den Grenzen Europas, in der Ukraine. Und schließlich Terrorangriffe, die mehrere Länder unseres Kontinents betroffen haben, darunter auch mein Land.

In jeder Krise treten Ängste zutage. Mit dieser Angst muss man leben. Aber man darf sich nicht von der Angst beherrschen lassen. Trotzdem ist man in jeder Krise versucht, in nationalstaatliches Denken zurückzufallen. Dabei ist nichts so vergebens, als nur sich selbst retten zu wollen, sich wegzustehlen und zu verkriechen, wenn große Ereignisse in der Welt passieren. Wir müssen da aus Erfahrung sprechen. Die Geschichte zeigt und bestätigt es uns.

Diese Fragen können begründet sein, aber sie dürfen Europa nicht zu ängstlicher Zurückhaltung und Ohnmacht verdammen. Im Gegenteil, sie rechtfertigen ein offensives Europa, das in der Lage ist, den Schutz seiner Bürger zu gewährleisten und gleichzeitig entsprechend seiner Interessen und Werte aufzutreten. Werte, auf denen die Einigung unseres Kontinents basiert.

Es gibt also keine andere Lösung als ein starkes Europa, um unsere Souveränität zu wahren.

In den letzten Jahren und Monaten wollten Frankreich und Deutschland gemeinsam handeln, um sich den Prüfungen zu stellen, die wir in jüngster Zeit durchschritten haben.

Wir haben reagiert, indem wir einfache und klare Grundsätze bekräftigt haben: Solidarität, Verantwortung, Entschlossenheit.

Solidarität im Angesicht des Terrorismus, denn mit jedem Anschlag, der in einem unserer Länder verübt wird, wird ganz Europa angegriffen – seine Ideale, seine Kultur, seine Lebensweisen, kurz gesagt: die Seele unseres Kontinents.

Ich danke den Staats- und Regierungschefs, aber auch den EU-Abgeordneten, die am 11. Januar nach Paris gekommen sind, um ihre Solidarität zu bekunden, aber auch um zu zeigen, wie sehr sie an der Freiheit hängen und daran, wofür wir stehen, um uns vor dem Terrorismus zu verteidigen, der versucht, unser gemeinsames Fundament zu zerbrechen, das uns eint.

Solidarität auch mit den Flüchtlingen, die Opfer von Konflikten im Nahen Osten, von Dramen in Afrika sind.

Solidarität mit denjenigen europäischen Staaten, die den Druck als erstes zu spüren bekommen, weil sie an unseren Außengrenzen liegen. Solidarität mit den Nachbarländern der Konfliktherde, die in großem Umfang Flüchtlinge aufnehmen. Solidarität gegenüber Afrika, das um seine Entwicklung ringt, um gerade das Abwandern ganzer Bevölkerungsteile zu vermeiden.

Sehen wir den Tatsachen also ins Auge. Seit Anfang des Jahres sind außergewöhnlich viele Frauen und Männer hier angekommen, wahrscheinlich 600 000. Viele von ihnen sind vor Krieg und Massakern geflohen. Andere sind auf der Suche nach einem besseren Leben. Alle haben schreckliche Umstände erlebt und waren skrupellosen Schleppern ausgeliefert. Zu viele sind unter fürchterlichen

Umständen ums Leben gekommen. Mittlerweile haben einige dieser zahllosen Toten ein Gesicht.

Europa hat sich dafür eingesetzt, Menschenleben zu retten, zunächst ging es darum, gegen die kriminellen Netzwerke einzugreifen, dank der FRONTEX-Operationen. Aber ich gestehe auch gerne ein, dass Europa eine Weile gebraucht hat, um zu begreifen, dass die Tragödien im Nahen Osten und in Afrika nicht ohne Folgen für Europa selbst bleiben konnten. Europa hat nicht erkannt, in welchem Ausmaß es Hoffnung erweckt, Hoffnung, die noch lange Bestand haben wird angesichts der Verzweiflung jener Menschen, die seit langem in der Dunkelheit auf Licht und Hoffnung warten. Europa hat den Ländern, die immer mehr Menschen in Lagern aufnahmen, nicht umfangreich genug Hilfe angedeihen lassen.

So musste Europa unter dringlichsten Umständen handeln, um seiner Asyltradition gerecht zu werden und die Rückkehr der Menschen zu organisieren, die nicht dauerhaft hier bleiben können.

Europa hat mit der Europäischen Kommission – ich begrüße Kommissionspräsident Juncker an dieser Stelle – einen Gesamtplan auf die Beine gestellt, um Italien und Griechenland zu helfen, die an vorderster Front stehen und die mit ihrer Verantwortung nicht allein gelassen werden dürfen. Auch um die Balkanländer zu unterstützen, die ebenfalls schwer mit Bevölkerungsbewegungen zu kämpfen haben. Um eine engere Zusammenarbeit mit der Türkei anzustoßen. Es wurden Gespräche begonnen, die mit klaren Regeln zum Abschluss gebracht werden müssen, denn in der Türkei müssen Flüchtlinge so weit es geht aufgenommen werden. Im Gegenzug sollten wir der Türkei helfen, wenn wir wollen, dass sie uns hilft, und dafür sorgen, dass diese Flüchtlinge – ob in Lagern oder in der Bevölkerung – arbeiten, ihre Kinder ernähren, eine Zukunft haben können. Und wenn wir dies nicht tun, dann werden sie kommen, unvermeidlich, sie werden kommen.

Wir müssen auch Aufnahme- und Registrierungscentren einrichten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass unsere Grenzen respektiert werden. Und schließlich müssen wir die Asylbewerber auf die Mitgliedsstaaten verteilen. Und das haben wir getan, nicht ohne Schwierigkeiten, aber wir haben es geschafft – 160 000 Menschen. Wir müssen darauf achten, dass die Verpflichtungen, die eingegangen wurden, auch eingehalten werden. In jedem dieser Bereiche muss der Plan jetzt umgesetzt werden, und zwar schnellstmöglich. Das sind die Grundsätze: Solidarität, Verantwortung.

Dieselben Grundsätze wurden auch im Umgang mit der Situation in Griechenland angewandt. Die Verhandlungen waren langwierig. Wir haben daran teilgenommen, Angela Merkel und ich, mit der Europäischen Kommission und allen Mitgliedsstaaten. Diese Gespräche hätten auch scheitern können, das wäre mehr gewesen als ein Scheitern, wir hätten aufgegeben. Ein Land aufgeben, dessen Kultur und Zivilisation uns noch heute erhellen. Das wäre der erste Bruch in der Integrität der Eurozone gewesen und andere Länder wären unter Druck gesetzt worden. Und schließlich wäre das eine Absage an unsere gegenseitigen Verantwortungen gewesen; die europäische Verantwortung, die Verantwortung der griechischen Regierung. Die Verhandlungen mündeten in ein umfassendes Reformprogramm und neue finanzielle Unterstützung. Ich wünsche mir, dass das zu einer Diskussion zum Schuldendienst führt. Das ist Teil der Gesamtlösung. Alexis Tsipras, der griechische Premierminister, war mutig und wollte, dass sein Volk nach

der Übereinkunft befragt wird. Die Einhaltung der Demokratie, und das sage ich hier an dem Ort der europäischen Demokratie, die Einhaltung der Demokratie steht nicht im Widerspruch zu der Einhaltung der gemeinsamen Regeln; Verantwortung, Solidarität, immer dieselben Grundsätze.

Wir müssen auch gegenüber dem Terrorismus Verantwortung übernehmen. Es ist Vorsicht angebracht, aber das ist nicht ausreichend. Wir müssen uns mit Instrumenten ausstatten, die für die Arbeit der Sicherheitsdienste unerlässlich sind, unter Wahrung der Freiheiten. Frankreich hat ein Gesetz verabschiedet, um den Aktivitäten und Bewegungen der Terroristen besser folgen zu können. Und Europa muss auch seinen Teil leisten. Ich denke dabei an die viel zu lange hinausgezögerte Einführung der Fluggastdatenspeicherung. Und ich bitte darum, dass das Europäische Parlament diesen Text nach Möglichkeit verabschiedet, der für unser Handeln unerlässlich ist.

Europa hat auch eine Pflicht zur Entschlossenheit. In der Ukraine mussten wir auf massive Verletzung des internationalen Rechts reagieren und einen Krieg vor den Toren unseres Kontinents abwenden. Bei der Umsetzung der Sanktionen haben alle 28 europäischen Mitgliedsländer Einigkeit bewiesen. Es gab Diskussionen, berechnete Diskussionen, über die Effizienz, die Dauer des Sanktionsmechanismus. Deutschland und Frankreich haben sich besonders dafür eingesetzt, die Minsker Abkommen zu schließen und umzusetzen und noch vergangene Woche haben Angela Merkel und ich zusammen mit dem russischen und dem ukrainischen Präsidenten im sogenannten „Normandie-Format“ darauf geachtet, dass nicht nur eingehalten wird, was in Minsk beschlossen wurde, sondern auch weitere Abspaltungsprozesse vermieden werden. Hier sind dieses Format, die Vorgehensweise und der im Namen von ganz Europa ausgeübte Druck ganz besonders effizient, denn die Wahlen, die die Separatisten für Mitte Oktober angesetzt hatten, wurden verschoben und der Minsker Prozess konnte weiter verfolgt werden, leichte Waffen wurden abgezogen, bald auch die schweren Waffen, und der Krieg wurde gestoppt, ohne dass der Frieden bereits zurückgekehrt ist. Das ist, wozu wir im Namen Europas, für Europa, fähig sind und das sage ich auch im Interesse der Welt, denn wir sind bereit, Entschlossenheit, Verantwortung und Solidarität zu zeigen.

Entschlossenheit auch angesichts des Dramas in Syrien. Das betrifft uns alle, denn Daisch und die Dschihadisten haben es auf das abgesehen, wofür wir stehen; betrifft auch Europa, denn das Regime von Baschar al-Assad hat die Katastrophe geschaffen und befördert sie weiterhin. Noch heute bombardiert, tötet, mordet das Regime. Ja, was in Syrien geschieht, betrifft Europa, denn was sich dort abspielt, wird für lange Zeit das Gleichgewicht in der Region bestimmen, in der gesamten Region des Nahen Ostens. Und wenn wir zulassen, dass sich die religiösen Auseinandersetzungen, oftmals zwischen Sunniten und Schiiten, über Monate oder Jahre verstärken, sollten wir uns nicht in Sicherheit wähnen. Das wäre ein totaler Krieg, der auch unsere Gebiete betreffen könnte. Wir müssen also handeln.

Frankreich ist seiner militärischen Verantwortung angesichts dieser Bedrohung gerecht geworden. Ganz Europa muss sich auf humanitärer, politischer und diplomatischer Ebene einsetzen. Wir müssen in Syrien mit all jenen, die dazu beitragen können, eine politische Zukunft schaffen, die der syrischen Bevölkerung eine andere Alternative bietet als Assad oder Daisch. Das ist unsere Pflicht

gegenüber den Syrern und das ist unsere Pflicht als Europäer. Ich rufe alle Europäer dazu auf, Druck auszuüben, damit sich dieser politische Wandel vollziehen kann. Und seien wir uns bewusst, dass, egal welche Positionen hier vertreten werden, es nicht möglich sein wird, die gemäßigte Opposition mit dem Henker des syrischen Volkes zusammenzubringen. Wir müssen kontinuierlich handeln und die Staaten, die einen Ausweg ernsthaft suchen, Russland, Iran, die Golfstaaten, natürlich die Vereinigten Staaten und Europa, zusammenbringen, damit wir diesen politischen Ausweg finden können. Zusammenfassend wiederhole ich, dass wir den anderen mit viel Solidarität begegnen müssen.

Deswegen ist die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten so wichtig. Bald, im November, findet der EU-Afrika-Gipfel in Valletta statt. Und indem wir an der Wurzel der Schwierigkeiten ansetzen, können die Ausreisekandidaten, und derer gibt es viele in Afrika, überzeugt werden, in ihrer Region zu bleiben. Es ist an uns, ihnen die Bedingungen vor Ort zu bieten.

Wir haben verschiedene Themen angesprochen, die Europa betreffen. In Wahrheit aber führen wir hier dieselbe Diskussion, die wir überall führen, die es in jedem unserer Länder gibt, zwischen Souveränisten und Souveränität. Souveränismus in jedem Land, Souveränität für Europa. Das ist die Diskussion zwischen Ablehnung und Vertiefung. Zwischen Spaltung und Einheit. Die Diskussion dreht sich nicht um weniger oder mehr Europa. Es geht um die Bestätigung oder das Ende Europas. Ja, das Ende Europas, das heißt die Rückkehr zu nationalen Grenzen, der Rückbau der gemeinsamen Politiken, den Euro aufgeben. Ich stelle fest, Herr Präsident, dass es auch hier die Diskussion gibt.

Vor weniger als 26 Jahren hat François Mitterrand am Ende seiner Amtszeit vor dem Europaparlament über die Lehren aus seiner eigenen Erfahrung und aus der Geschichte gesprochen. Er sagte damals, dass Nationalismus Krieg bedeutet. Diese Warnung gilt auch heute noch. Und ich gehe sogar soweit, hinzuzufügen: Souveränismus ist „Deklinismus“. Es ist gefährlich, einem Volk keine Hoffnung zu geben und nicht gemeinsam etwas aufzubauen, weil man sich auf das rein Nationale zurückzieht, das ja keine Zukunft hat. Angesichts der jetzigen Krise bin ich überzeugt, dass wir, wenn wir nicht weiter gehen, nicht nur stehen bleiben sondern sogar zurückgehen. Und dies wird das Ende des europäischen Projekts bedeuten. Deshalb schlage ich vor, die Wirtschafts- und Währungsunion, die Eurozone, zu konsolidieren und zu stärken. Konsolidieren und stärken, um unsere Politiken zu koordinieren, Konvergenz zu fördern, die Steuerharmonisierung voranzutreiben, Steuer- und Sozialdumping zu bekämpfen, mehr zu investieren, sogar mehr als wir es mit dem Junker-Plan tun. Institutionelle Entscheidungen werden nötig sein, damit die Eurozone gelenkt werden, die Regeln eingehalten und die Solidarität allen zugute kommen kann. Diese Entscheidungen werden die Staaten, die sich freiwillig dafür entscheiden, in die Pflicht nehmen. Das Europaparlament wird eine Kontrollfunktion haben und für die Kohärenz eines Europa sorgen, das gemäß einer differenzierten Integration voranschreitet.

Wir müssen auch den so genannten Schengen-Raum stärken. Den freien Personenverkehr durch die Rückkehr zu Innengrenzen in Frage zu stellen, wäre ein tragischer Fehler. Aber so zu tun, als ob Schengen in seiner jetzigen Funktionsweise dem Druck von außen standhalten könnte, wäre ein anderer. Die effektive Kontrolle der Grenzen der EU erfolgt über verstärkte Hilfestellung für die Grenzstaaten, für die

betroffenen Staaten und durch die Schaffung eines Grenzschutz-Corps und europäischer Küstenwachen, wie es der Präsident der Europäischen Kommission vorgeschlagen hat.

Ferner müssen wir eine kohärentere Asylpolitik festlegen, was über eine gemeinsame Auflistung der sicheren Herkunftsländer erfolgt. Die Annäherung der Verfahren, der Rechtsprechung und der Leistungen, auf die die Schutzbedürftigen Anspruch haben, das heißt ein echtes gemeinsames Asylsystem innerhalb der Europäischen Union.

Bei all diesen Themen, müssen wir uns, ich sage es noch einmal, für den Vorwärtsgang entscheiden, nicht für den Rückwärtsgang, der uns in die Ohnmacht treiben würde.

Diese Entscheidung, die durchaus mutig ist, müssen wir immer wieder treffen, so auch im Dezember bei der Pariser Klimakonferenz. Ich begrüße die von Europa mit Blick auf die Konferenz eingegangene Verpflichtungen, denn sie waren entscheidend, um China, die Vereinigten Staaten, und viele andere mit auf den Weg eines möglichen Abkommens zu nehmen. Letzteres ist möglich, es muss äußerst ehrgeizig ausfallen und es ist absolut notwendig.

Noch sind es zu viele Länder, die ihren Beitrag nicht hinterlegt haben, und wir selbst, die Europäer, müssen fähig sein, einen großen Kohlenstoffmarkt einzuführen, um die Investitionen auf die besten Technologien zu lenken. Entsprechende Entscheidungen werden dann Sie treffen müssen.

Ich möchte die Rolle des Europäischen Parlaments im Rahmen der Klimaverhandlungen begrüßen. Unterstützen Sie weiterhin so gut Sie können die Bemühungen der Länder, Ihrer Länder, und ganz Europas, damit uns ein Abkommen gelingt.

Dieses Ziel verfolgen wir auch bei der Finanzierung. Es ist sehr wichtig, dass wir die benötigten 100 Milliarden Dollar erreichen, die für den Energiewandel in den schwächsten Ländern oder den Entwicklungsländern gebraucht werden. Soweit sind wir noch nicht und wir haben nur noch zwei Monate, um es zu schaffen. Wenn kein Abkommen zustande kommt, müssen wir uns des Ausmaßes der Katastrophe bewusst werden; dessen, was wir dann für die künftigen Generationen zu verantworten hätten.

Werden wir uns bewusst, dass es keine weitere Konferenz geben wird, um darüber zu entscheiden. Es gibt eine Zeit, in der man sich entscheiden muss. Sich engagieren muss. Es ist die Aufgabe der Regierung, der europäischen Regierungen zuerst, und derjenigen, die bei der Konferenz in Paris anwesend sein werden, der Verantwortung gewachsen zu sein, die Sie uns übertragen haben.

Ich möchte eines Tages wieder vor dem Europäischen Parlament stehen, zumindest mit dem Stolz, nicht nur eine Konferenz in Paris veranstaltet zu haben, sondern dagewesen zu sein an dem Tag, an dem die Länder der Welt, getragen von den Gebietskörperschaften des ganzen Planeten, die auch vertreten sein werden, von allen Vereinigungen, Organisationen, Unternehmen und Gewerkschaften, an dem sie alle es geschafft haben, für die kommenden Jahrzehnte einen großen Teil der

Klimafrage zu klären. Es ist für unsere Generation eine Begegnung der letzten Chance.

Das gleiche Ziel, der gleiche Wille, muss uns auch bei unserer Landwirtschaft, der Nahrungsmittelsicherheit, der Qualität unserer Produkte antreiben. Angesichts der Krise, in der ein Teil unserer industriellen Produktion steckt, rufe ich dazu auf, auf der Ebene der Kommission, des Staates wie auch des Parlaments, die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um unsere Produkte zu schützen und um den Schwächsten zu helfen.

Da ich von Handelsabkommen spreche, möchte ich jenes erwähnen, das mit den Vereinigten Staaten ausgehandelt wird. Frankreich will, dass diese Verhandlungen einen Fortschritt darstellen und dass dadurch Garantien geschaffen werden. Dies gilt für die Kennzeichnung der Produkte, für Herkunftsbezeichnungen, für die Gegenseitigkeit, für die Transparenz und im weiteren Sinne für Mechanismen zum Schutz von Investitionen, insbesondere für die Regelung von Rechtsstreitigkeiten. Diese Garantien müssen wir haben, wenn wir ein Abkommen wollen, das den Volkswirtschaften nutzen soll.

Ich möchte meine Rede mit einer Überlegung abschließen, die uns alle betrifft. Ich kann mir nicht vorstellen, dass hier Abgeordnete anwesend sind, die nicht europäisch wären, die sich nicht bewusst wären, dass wir Teil von etwas Gemeinsamen sind, dass uns so viele gemeinsame Werte verbinden, dass wir eine Vergangenheit teilen und eine Zukunft anstreben. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung des Kontinents müssen wir immer noch Herausforderungen annehmen und Entscheidungen treffen. Wir müssen der Not trotzen, sie ist hier, niemand kann die Augen vor der Wirklichkeit verschließen, niemand. Und keine Grenze, kein Stacheldraht kann uns vor den Bedrohungen schützen, die von außen kommen.

Es liegt an uns, ja an uns, die Entscheidungen zu treffen. Wir müssen der Not trotzen und langfristig Kurs halten. Den Kurs eines Verbundes von Nationalstaaten. In gewisser Weise müssen wir heute, 25 Jahre nach der Einheit, eine andere Einigung vornehmen – die der Projekte, der Völker, der gemeinsamen Interessen. Dabei gilt eine einzige Frage: Wollen wir zur alten Ordnung, der des 20. Jahrhunderts mit allem, was es mit sich brachte, zurückkehren, oder wollen wir im kommenden Jahrhundert in einem kohärenten und gemeinsam gewollten Rahmen leben?

Ich persönlich habe mich entschieden: für Europa. Und ich habe es mit dem Willen getan, in jeder Frage einen möglichst tragfähigen Kompromiss zu suchen. Dies ist der Sinn unserer Zusammenarbeit mit Angela Merkel und Deutschland: zusammen mit unseren Partnern den Herausforderungen des Jahrhunderts gerecht zu werden.